

Wessen Aufschwung?

Die Corona-Krise hat zwar erst so richtig begonnen, doch die Bosse jubeln bereits über einen neuen Aufschwung. Abgeben wollen sie uns – die ihren Reichtum erwirtschaften – jedoch nichts. Im Gegenteil: es hagelt immer neue Angriffe gegen Arbeitslose und Beschäftigte sollen bei den anstehenden Lohnrunden leer ausgehen.

Seite 2

Mieter*innen vs. Regierung

In Schweden hat eine Bewegung die Versuche der Regierung, Wohnbau für private Profitinteressen zu öffnen, vorerst zurückgeschlagen. Die „Marktmieten“ wurden durch Mobilisierung von unten besiegt, Sozialist*innen der Rättvissepartiet Socialisterna (ISA Schweden) spielten dabei eine zentrale Rolle..

Seite 12

Schwerpunkt

Die EU ist in der Dauerkrise: Die Herrschenden Europas finden keine einheitliche Strategie zu Klima, Corona oder Migration. Doch wie sehen marxistische Antworten aus?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Solipreis € 2,-
Normalpreis € 1,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 296 | 09.21

Nie mehr (diese) Schule!

Das 3. Schuljahr im Schatten der Pandemie hat begonnen. Schon jetzt sind die Folgen katastrophal. Schulschließungen wurden nötig, weil die Regierung Unwillens war, Geld in die Hand zu nehmen, um den Schulbetrieb corona-sicher weiterzuführen (durch massiv verkleinerte Klassen, mehr Personal, neue Räume und Lüftungssysteme usw.). Doch sie haben auch die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem verschärft: Welche Kinder hatten im Homeschooling ein ruhiges Zimmer, die notwen-

ben des Schulsystems im Kapitalismus aufgezeigt:

1) Die Kinder zu verwalten, damit die Eltern in der Arbeit Profite für ihre Bosse schaffen. Die Schulen wurden nicht aus pädagogischen Überlegungen wieder geöffnet, sondern damit Mamas und Papas wieder zum Schuftten freigestellt sind.

2) Die Kinder zu profitabel verwertbaren Arbeitsbienen zurechtstutzen. Ministerien, Bildungsdirektionen und Wirtschaftsverbände beklagen eine „verlorene Generation“ – also, dass die Lie-



Corona hat die Missstände im Bildungssystem aufgezeigt und verschärft. Zeit für eine echte Bildungs-Revolution!

dige technische Ausstattung und Eltern als Ersatz-Lehrer*innen – und welche nicht? Lehrer*innen schleppen sich unter diesen Umständen unterbezahlte und überarbeitete von Burnout zu Burnout.

Die Corona-Krise hat die tatsächlichen Aufga-

ferung von Arbeitskräften mit den jeweils passenden Zertifikat-Pickerln sich verspätet.

Also wird Leistungsdruck aufgebaut: „Wenn du nicht trotz Pandemie den ganzen Stoff kannst, hast du keine Jobchancen!“ Kein Wunder, dass

56% der über 14-Jährigen depressive Symptome zeigen. Das sind die Folgen des kapitalistischen Konkurrenzdrucks und Profitwahns im Bildungssystem, Corona hat sie nur verschärft. Und was macht die Politik? Sie kürzt sogar noch weiter (siehe Seite 11).

Bildung könnte ganz anders funktionieren – ohne ständigen Druck und soziale Aussortierung – durch eine ausfinanzierte, gemeinsame und demokratisch organisierte Schule für alle. Doch diese muss gegen die herrschende Bildungspolitik erkämpft werden, indem sich die echten Bildungsexpert*innen zusammenschließen: und das sind die Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern!

Sebastian Kugler

Die SLP fordert:

- Gemeinsamer Widerstand statt Leistungsdruck und Konkurrenzwahn!
- Milliarden für Bildung statt Kürzungen!
- Höchste Zeit für Schulstreiks und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen!

Der Standpunkt



Von Sonja Grusch Während ich das schreibe, ist es brütend heiß, nicht irgendwo am Äquator, sondern mitten in Wien. Heuer gabs Stürme, Überschwemmungen mit Todesopfern in Belgien und Deutschland und sogar einen

Tornado in Tschechien mit mehreren Toten. Dazu Waldbrände und eine Kältewelle in Brasilien. Angesichts der immer häufigeren Wetterkapriolen redet niemand mehr von einem "Jahrhundertereignis". Wir stecken mitten drin in der Klimakrise.

Doch auch wenn die Fakten klar sind, bedeutet das nicht, dass auch gehandelt wird. Die Politiker*innen reden viel, versuchen sich auch, wie z.B. von der Leyen, ein Ökomäntelchen umzuhängen. Doch die Taten bleiben Lichtjahre hinter dem Notwendigen zurück. Das bedeutet nicht nur, dass die Angriffe auf Mensch und Umwelt ziemlich ungebremst weitergehen, sondern auch, dass eine

Klima: Die Krise ist längst da

weitere Generation jedes Vertrauen in "die Politik" verliert. Millionen Jugendliche haben sich im Zuge der "Fridays for Future" Bewegung politisiert. Sie haben die Erfahrung machen müssen, dass die Versprechen der etablierten Politik so leer sind wie die Ökobilanz der Atomlobby. Darum ziehen immer mehr die Schlussfolgerung, dass die ganze Klimakrise was mit "dem System" zu tun hat. Sie stellen in Frage, wie und für wen die Wirtschaft "funktioniert" und sehen die Zusammenhänge zu Flucht, Armut und Frauenunterdrückung. Aktuell nervt die Jugend die Herrschenden "nur". Doch je offensichtlicher die Zusammenhänge von Klimakrise und Kapitalismus werden, je offensichtlicher die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes für soziale, demokratische und ökologische Themen - umso gefährlicher werden die Jugendlichen. In Wien, in Glasgow bei den Protesten anlässlich des COP26 Treffens und international. Lenin hat zu Recht gesagt: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Wir protestieren hier und in Glasgow - komm mit uns hin!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Kein Aufschwung für uns!

Corona ist noch nicht vorbei, doch schon wird über den wirtschaftlichen Aufschwung geb jubelt. Doch keine der tieferen Ursachen

Der Aufschwung wird begrenzt sein - und bringt der Arbeiter*innenklasse kaum etwas. Die Arbeitslosigkeit wird laut Wifo auf maxi-

genüber. Bei einem Nettoeinkommen von rund 1.330 Euro, jederzeitiger Kündigungsmöglichkeit und wenig Perspektiven auf Ganzjahresbeschäftigung ist das kein Wunder. Arbeitslosigkeit und dem Gejammer der Unternehmer*innen muss somit mit offensiven Kämpfen und Streiks für bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und fixe Einstellungen begegnet werden. Nötig ist auch eine bezahlte Umschulung, finanziert durch die Profite der Großkonzerne und die Vermögen der Reichen, Investitionen für Jobs in Bereichen wie Bildung, Klima und Gesundheit, sowie eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden. Der tatsächliche Mangel ist nämlich jener an guten Jobs.

Lukas Kastner

Auch bei Wirtschaftswachstum sollen Arbeiter*innen für die Profite der Bosse zurückstecken!

der letzten Krisen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsweise liegen, ist gelöst: Fehlende profitabile Anlagemöglichkeiten, die zu Spekulation führen, sinkende Profitabilität, Überkapazitäten bzw. Überproduktion, Konkurrenz... Dazu kommen noch die spezifischen Schwächen der österreichischen Wirtschaft (Export- und Tourismusabhängigkeit).

mal 8% zurückgehen (2020 9,9%).

Das neuerliche Klagen über Fachkräftemangel wirkt wie ein Hohn. In Wirklichkeit geht es - von Industrie bis Tourismus/Gastro - darum, qualifiziertes und leidensfähiges Personal zu bekommen, ohne dafür zahlen zu wollen. So stehen 13.000 arbeitslose Kellner*innen 6.000 offenen Stellen ge-

Grundeinkommen (BGE): Radikale Alternative?

In der Debatte um Arbeitslosigkeit wird immer wieder ein BGE als Lösung eingebracht. Dies klingt erst mal verlockend. Doch entweder es bleibt eine Reform im Rahmen des Kapitalismus: Dann würde ein solches Grundeinkommen lediglich vorm Verhungern schützen. Es wäre so niedrig, dass mies bezahlte Jobs angenommen werden müssten und könnte als Ausrede für Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen hergenommen werden.

Alles andere widerspricht den Interessen des Kapitalismus und kann nur gegen diesen erkämpft werden. Oder es ist eine echte soziale Absicherung ohne wenn und aber. Das aber braucht den aktiven Kampf von Beschäftigten und Arbeitslosen für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung etc. und letztendlich für die demokratische Kontrolle und Verwaltung der gesamten Wirtschaft, also einen Sturz des Kapitalismus.



Foto: Wenzel / BMF

Unsozial und Arbeiter*innenfeindlich

Arbeitsminister Martin Kocher plant, bei Nichtannahme von Jobangeboten und längerer Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe zu kürzen. Dem müssen Arbeiter*innen und Gewerkschaften entschieden entgegengetreten. Wie Deutschland mit Hartz 4 zeigt, sind solche Kürzungen nicht nur unsozial, sie vergrößern auch den Niedriglohnsektor. Aktuell liegt das durchschnittliche Arbeitslosengeld nur bei 980,- (Armutsgefähr-

dungsschwelle 1.286,-), insbesondere Frauen sind von Armut betroffen. Weitere Kürzungen zwingen zur Annahme schlechterer Löhne und Arbeitsbedingungen - die Regierung will Lohndumping, obwohl schon jetzt die Löhne für viele nicht zum Überleben reichen. Angriffe auf Arbeitslose schwächen auch jene mit Job, doch wo ist (wieder einmal) die Gewerkschaft? Ein Kampf für Arbeitslosenrechte ist ein Kampf für Beschäftigte.



ÖsterREICH an Widerstand

Corona hat die Welle an Massenprotesten von 2019 nur kurz unterbrochen, sie sind nach einer kurzen Pause umso intensi-

schenden und der Kapitalismus nicht in der Lage sind, uns eine Zukunft zu ermöglichen. Es sind die Arbeiter*innen, die alles

le oder betriebliche Auseinandersetzungen, die genau zu so einem Kristallisationspunkt werden können. Proteste ge-

es entwickeln sich erste Proteste. Hier arbeiten v.a. Frauen, die besonders stark betroffen sind und Frauenunterdrückung ist für viele junge Frauen ein Ansatzpunkt für Widerstand. Gerade Jugendliche waren nicht nur von Corona besonders stark betroffen, sondern haben sich schon vorher politisiert und wehren sich gegen die Auswirkungen dieses Systems, indem sie z.B. versuchen, die Abschiebung von Freund*innen oder den Bau des Lobautunnels zu verhindern. Diese Proteste sind Vorboten für deutlich explosivere Massenbewegungen gegen ein System, dessen Verfall immer offensichtlicher wird - auch in Österreich.

Christoph Glaninger

Erste Proteste zeigen, was unter der Oberfläche brodelt und sind Vorboten für kommende Explosionen.

ver wieder gestartet: Von Black Lives Matter über die Massenaufstände in Belarus, Myanmar und Kolumbien bis zum erfolgreichen Widerstand gegen neoliberale Reformen in Schweden.

In Österreich wirkt die Situation auf den ersten Blick trotz der Skandalserie der Bundesregierung deutlich ruhiger. Doch Corona hat noch deutlicher als bisher vor Augen geführt, dass die Herr-

am Laufen halten und Österreich kann sich nicht vor den Auswirkungen internationaler Krisen verstecken. Aber bis jetzt fehlt dieser Stimmung noch ein klarer Kristallisationspunkt, um sich in aktiven und v.a. breiteren Widerstand zu verwandeln. Weder Gewerkschaften, noch größere Parteien oder außerparlamentarische Bewegungen fordern aktuell die Regierung heraus. Aber es gibt kleine, loka-

gen Abschiebungen von Schüler*innen, für einen Corona-Bonus, gegen Femizide, Rassismus und Sexismus, gegen Klimazerstörung durch den Lobautunnel oder im Rahmen von Lohnverhandlungen blockierte Industrieparks - und das in allen Teilen von Österreich.

Gerade in Bildung, Gesundheit, Gastro und Handel wächst der Unmut über die Situation und

Es brodelt – Ansätze für Widerstand

Die Wut im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich führt zu einer Reihe von Protesten. Ende Juni demonstrierten ca. 2.000 Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen gegen Einsparungen im Wiener Bildungsbereich. Im Herbst könnten diese Proteste weitergehen und auch in der Erwachsenenbildung und an den Unis gibt es das Potential, dass sich die Wut und Belastung in Widerstand entlädt.

Die Welle an Femiziden in Österreich ist die traurige Spitze von Frauenunterdrückung und führt zu einer immer stärkeren Politisierung. Nach jedem Frauenmord gibt es Demonstrationen. Aber die Stimmung in der Bevölkerung ist deutlich breiter. Immer wieder merken wir bei SLP und Rosa Aktionen, wie vielen Arbeiter*innen und Jugendlichen dieses Thema wichtig ist, die es auch mit sozialen Problemen verbinden.

Zehntausende bei Fridays for Future, Black lives Matter und den jugendlichen Pride-Demonstrationen zeigen, wie viele Jugendliche sich in den letzten Jahren (beschleunigt durch Corona) politisiert haben. In der kommenden Periode können wir davon ausgehen, dass sich diese Politisierung in Protesten gegen Unterdrückung, Klimazerstörung und Kapitalismus ausdrücken wird.

Obwohl die Beschäftigten die Betriebe während Corona am Laufen gehalten haben, sind die Einkommen niedrig, die Arbeitsbedingungen mies und die Jobs nicht sicher. Der aktuelle "Aufschwung" kann zu Auseinandersetzungen u.a. bei den Lohnverhandlungen führen. Wegen des Drucks von unten gab es schon Proteste von Beschäftigten in der Chemieindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie und im Gesundheitsbereich.

Der rechte Rand

Markus Hein ist Spitzenkandidat der FPÖ Linz bei den Wahlen im September. Er ist ehemaliger Obmann der Burschenschaft Arminia Czernowitz, die "schon seit über sieben Jahren für die Identitäre Bewegung warb" und sich "bis zuletzt" mit dieser Räumlichkeiten teilt. Hein drohte: "Redakteure werden weinen, weil sie persönlich geklagt werden". Andreas Rabl - aktuell FPÖ-Bürgermeister von Wels, ehemals Interims-Chef der FPÖ OÖ, kandidiert für den Gemeinderat. Er ist bekannt für den Angriff auf den linksalternativen FreiRaum, hat (unüblich für städtische Aufsichtsräte) Bezüge bezogen (diese nach öffentlicher Kritik zurückgezahlt) und Kürzungen beim Kinderschutz veranlasst. Im Spektrum der Corona-Skeptiker*innen hat die FPÖ Konkurrenz durch die MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte). An der Bundesspitze steht Anwalt Michael Brunner, die MFG insgesamt spielt die Gefahr von Corona herunter. Die MFG ist auch inhaltlich eine krude Mischung, in der Praxis bildet sie den organisierten Teil der Corona-Spaziergänge, an denen sich auch viele Rechtsextreme beteiligen. Die FPÖ Vöcklamarkt machte 2018 Schlagzeilen mit einem Posting mit "Schütze Deine Rasse, es ist das Blut Deiner Ahnen!". Verteidigt haben sie das Posting mit der Aussage: „Schütze deine Rasse“ ist doch nichts Schlechtes, keine Hetze gegen andere.“. Auch wenn mit Babitsch damals ein Bauernopfer gebracht wurde zeigt die Serie an „Einzelfällen“ dass sich am Geist der FPÖ wohl kaum was geändert hat.

Peter Hauer

Streik im Sozialbereich! Aber wie?

Die Wut der Kolleg*innen im Sozial- und Gesundheitsbereich ist groß. Der Lohn ist oft gering und die Arbeitsbedingungen schlecht. Viele wünschen sich Verbesserungen. Diese werden aber nicht so einfach von der Politik verschonkt, sondern müssen erkämpft werden. Das effektivste Mittel hierfür ist der Streik. Oft fehlen den Beschäftigten aber Erfahrungen, wie ein Streik erfolgreich sein kann. Im Folgenden wird auf diese Frage eingegangen. Ausführlicher behandelt wird dieses Thema in unserer neuen Broschüre „Streik! Kurz und bündig“, aus der hier auch zitiert wird.

Im Falle eines Streiks ist es vorteilhaft, wenn es schon davor Strukturen im Betrieb gibt. „Eine geeinigte Belegschaft ist eine starke Belegschaft. Gemeinsame Interessen schweißen zusammen. Aber wenn man damit erst beginnt, wenn man im Arbeitskampf steckt, hat man einen Startnachteil. Natürlich geht es trotzdem, aber schwieriger.“ Deswegen sollten jetzt schon Betriebsgruppen aufgebaut werden. Wenn es dann zum Streik kommt, sind diese Strukturen hilfreich in der Vorbereitung, so z.B. „bei BIM im Wiener Sozialbereich: hier gab es vor den Streiks lebendige Diskussionen und die

Kolleg*innen waren in die Vorbereitung und Umsetzung sowie die Erarbeitung von Forderungen aktiv mit eingebunden.“

Im Streik selbst sind demokratische Strukturen wichtig. In gewählten Streikkomitees „können Vertreter*innen von Betriebsrat, Gewerkschaft, Belegschaft so wie Solidaritätskomitees etc sein. (...) Solche Strukturen sind nötig, um rasch Entscheidungen fällen zu können. Und sie müssen demokratisch sein: sie müssen gewählt werden, laufend berichten und die Belegschaft muss sie ändern können!“

„Bei Kollektivvertragsverhandlungen und Streiks braucht es Transparenz und Urabstimmungen. Im 21. Jahrhundert gibt es auch keine praktischen Ausreden mehr. Wer auf Verhandlungen hinter geschlossenen Türen besteht, hat was zu verstecken: Ja, es können nicht alle teilnehmen, dafür braucht es gewählte Vertreter*innen. Aber es können alle zusehen, um zu wissen, ob die gewählten Vertreter*innen sie vertreten und wie die Geschäftsführung versucht sie einzuschüchtern oder zu korrumpieren.“

Mehr Infos und praktische Tipps bei der SLP sowie in unserer neuen Broschüre!



Corona-Bonus jetzt!

Das für 6./7.6. geplante GPA-Bundesforum musste aufgrund technischer Probleme abgebrochen werden. Mitglieder der SLP unterstützen die

Forderungen der Gewerkschaft Vida widerspricht, die weit weniger fordert.

Die Gewerkschaftsführung will nicht se-

Nach Erfolg der Corona-Proteste muss die Gewerkschaft ein paar Gänge höher schalten!

Kampagne der Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“, die einen Corona-Bonus von 250€ und 2,5 Urlaubstage pro Monat der Pandemie sowie mehr Personal im Sozial- und Gesundheitsbereich fordert. Dieser wird von der Gewerkschaftsführung zur Ablehnung vorgeschlagen, mit der Begründung, dass er den

hen, dass ihre momentanen Forderungen weit hinter dem zurückbleiben, was für die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich notwendig wäre. Ihr Corona-Einsatz inklusive Applaus hat nichts an den unterdurchschnittlichen Gehältern und schlechten Arbeitsbedingungen geändert.

Wir sind uns bewusst, dass Anträge alleine die Politik der Gewerkschaftsführung nicht ändern werden. Deshalb organisiert „Sozial aber nicht blöd“ schon länger eine Kampagne inklusive Unterschriftenlisten, um den Druck auf allen Ebenen zu erhöhen – die erfolgreiche Mini-Kampagne der Gewerkschaft im Frühsommer ist wohl (auch) darauf zurück zu führen!

Der abgebrochene Kongress wird im September fortgesetzt – wir werden den Forderungen nach einer kämpferischen Gewerkschaftsstrategie im Gesundheits- und Sozialbereich Nachdruck verleihen.

Beide Artikel von
Nicolas Prettnner

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

⊕ Bittere Erdbeeren

Seit Jahren häufen sich die Berichte über katastrophale Arbeitsbedingungen von Erntehelfer*innen: 17-Stundenarbeitstage bei mörderischer Hitze und dafür Hungerlöhne von 3,50€/Stunde. Kollektivvertraglich stünden den Beschäftigten je nach Bundesland zwischen 6,21€ und 7,50€ zu – immer noch ein absoluter Skandal – doch die Landwirt*innen und ihre Lobby wissen das zu verhindern. Sie arbeiten mit „Vermittler*innen“ vor al-

lem in Osteuropa zusammen, die ihnen die Billigstarbeitskräfte zum Ausbeuten zuschanzen – wenn es um die Profite geht, hat man offenbar kein Problem mit Schlepfern! Ministerin Köstinger hatte im März noch einen Vorstoß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Kontrolle ihrer Einhaltung auf EU-Ebene blockiert.

Es ist gut, wenn die Gewerkschaft PRO-GE nun schon seit Jahren im Rahmen ihrer Kampag-

ne „Sezioneri“ auf die Felder geht und Beschäftigte über ihre Rechte aufklärt. Doch das ist viel zu wenig – das zeigt sich schon daran, dass Köstinger statt echter Verbesserungen „Informationskampagnen“ vorschlug. Es braucht mehr: Vor allem muss die Gewerkschaft den Arbeiter*innen die Möglichkeit geben, sich in ihren Reihen selbständig, kämpferisch und demokratisch zu organisieren, um echte Arbeitskämpfe auf die Beine zu stellen!

⊖ Achselzucken? 5 Punkte!

Nichts vom „Sommerdiolog“ des ÖGB mitbekommen? Liegt wohl daran, dass dazu nur ÖGB-Bonzen und „Expert*innen“ von AMS & Co eingeladen waren, aber keine Basismitglieder. Das Ergebnis ist die nächste lauwarme Wunsch-dir-was-Liste für einen „zukunftsorientierten Weg aus der Krise“. Wieder inszeniert sich die ÖGB-Führung als Ratgeber der Regierung – als ob dieser nur die richtigen Ideen fehlen würden! Einige der Vorschläge, wie

höheres Arbeitslosengeld, wären tatsächlich Verbesserungen – doch diese werden wir nicht durch „talks“ und „papers“ erreichen, sondern nur durch die Organisation von gewerkschaftlichen Kämpfen. Und wenn es wirklich um einen „Weg aus der Krise“ geht, können wir dabei nicht stehen bleiben – denn die Krise betrifft das ganze kapitalistische System, mit dem sich die ÖGB-Führung jedoch schon lange arrangiert hat.



Foto: fb_hirschstetten_reiten

Lobau-Tunnel: Keine Lösung für den Verkehr

Da werden Untersuchungsausschüsse abgedreht, einflussreiche Posten nach ÖVP-Willen umgefärbt, alles mit grünen Stimmen. Selbst bei Abschiebungen nach Af-

Darunter das Prestigeobjekt der SPÖ, die Nordostumfahrung Wiens mit dem Lobau-Tunnel. Damit soll die Lücke zwischen Knoten Schwechat und Nordspange beim Kno-

Autolobby und Wiener Rathaus stützen sich auf die vielen zehntausende Autos, die sich täglich durch Wien stauen müssen. Über S1 und Lobau-Tunnel soll die Südosttangente entlastet werden. Das mag sogar kurzfristig stimmen, allerdings zeigen ausnahmslos alle Verkehrskonzepte, dass mehr Straßen mittel- und langfristig nur noch mehr Verkehr erzeugen. Verkehrspolitisch wäre aber nötig, nicht noch mehr Straßenverkehr besser bewältigen zu können, sondern ihn massiv zu reduzieren! Woher kommt also der Druck für mehr Straßen?

Die „Seestadt Aspern“ mit bald 20.000 Menschen am Rand Wiens ist neuer Stadtteil und Vorzeigeprojekt der Stadtregierung. Den hin-

ziehenden Menschen wurde neben einer bedenklichen Abgeschiedenheit vom Rest der Stadt auch eine gute Anbindung versprochen: Öffentlich durch die U2, aber auch direkt mit dem Auto an die Umfahrung und damit ohne durch die Stadt durch zu müssen auf die Nord- oder Südautostrasse. Aber es gibt auch ein konkretes wirtschaftliches Interesse an mehr Verkehr. Die Nordspange Wiens ist die erste privatisierte Autostrasse Österreichs. Die Bonaventura GmbH erhält von der Asfinag „Schattenmaut“, je mehr Verkehr, desto mehr Geld!

Stattdessen brauchen wir den sofortigen, massiven Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, die Wiederinbetriebnahme aller möglichen

eingestellten Verbindungen und sinnvolle Taktung, erstellt mit den Benutzer*innen gemeinsam. Kein teures 1-2-3 Ticket, sondern kostenlose Öffis, finanziert aus den Profiten von Transport- und Verkehrsunternehmen. Der Schwerverkehr muss konsequent auf die Schiene, nur für die letzten Meter braucht es die Straße. Der Klimawandel macht deutlich, dass wir schnell und konsequent agieren müssen. Im jetzigen profitorientierten, kapitalistischen System geht das nicht. Deswegen brauchen wir eine demokratisch geplante und organisierte Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Menschen und Umwelt und nicht den Profiten. Gehen wir es an!

Albert Kropf

Langversion: www.slp.at

Mehr Straßen verteilen den Verkehr nicht besser, sondern produzieren nur noch mehr Verkehr!

ghanistan verhalten sie sich letztlich ruhig. An den Futurträgern der Macht lässt es sich eben gut aushalten.

Angesichts der schlechten Umfragewerte und nachdem von „Grünen Grundsätzen“ nichts über ist, brauchen Kogler & Co Erfolge. Da passt es gut, dass Umweltministerin Gewessler den Baustopp für einige Straßenbauprojekte angekündigt hat.

ten Süßenbrunn geschlossen werden. Daran sehen wir die Absurdität des Ganzen: Der Großteil des Transits und Stadtverkehrs läuft 2021 mitten im Klimawandel durch Wien auf der Südosttangente. Seit Jahrzehnten fehlt Bund und Ländern ein Verkehrskonzept für den Großraum Wien! Damit erscheint für Viele der Lobau-Tunnel alternativlos.

Naomi gegen den Rest

Tennis-Star Naomi Osaka kam zum Auftakt der US-Open Ende August wieder ungewollt in die Schlagzeilen. Seit Frühling hatte sie auf jegliche Pressekonferenz verzichtet, da sie sich nicht ständig dem Druck des Rampenlichts aussetzen konnte. Dafür wurde sie von den Medien und Tennismogulen kritisiert, die mit Osakas Namen und Erfolg Profite machen wollen. Nun gab sie ihre seither erste Pressekonferenz und

kam auf die Lage in Haiti und Afghanistan zu sprechen – doch die Medien stürzten sich wieder auf die Tränen, die sie dabei vergoss. Osaka hat sich in den letzten Jahren – sehr zum Ärger der Tennisindustrie – immer wieder klar positioniert: Während der letzten US-Open trug sie aus Solidarität mit der Black Lives Matter-Bewegung zu jedem Spiel eine neue Maske mit Namen von Opfern mörderischer Polizeigewalt. Davor

hatte sie aus Protest gegen die Polizei ein Turnier in New York boykottiert und es damit zum Platzen gebracht. Sie selbst ist als Tochter eines Haitianers und einer Japanerin ständig mit anti-schwarzem und anti-asiatischem Rassismus konfrontiert und kämpft dagegen an. Doch die Medien stellen Osaka vor allem als emotionales Nervenbündel dar – und versuchen damit, ihre politische Wirkung zu entschärfen.

Applaus für Cari Cari

Zur Eröffnung der Landesausstellung „100 Jahre Burgenland“ fand die Schickeria aus Politik, Medien und Wirtschaft zusammen. Dort erlebte sie jedoch eine unschöne Überraschung: Die Band Cari Cari konfrontierte während ihrem Auftritt die Verantwortlichen mit den skandalös niedrigen Gehältern der Orchestermusiker*innen. Deren Tageslohn betrug nur 30€, während bei burgenländischen Großevents wie dem Nova Rock Millionen

an Luxusgagen und Bonuszahlungen ausgeschüttet werden. Dabei zeigten Cari Cari auch die Rolle der SPÖ auf, die sich im Burgenland sozial (für die Leute mit dem richtigen Pass) präsentiert, aber die gleiche unsoziale Politik wie überall sonst macht. Übrigens: Moderator Alfons Haider, der sich sonst gerne progressiv gibt, sprang sofort für seine Auftrags- und Geldgeber ein und versuchte, der Band den Mund zu verbieten.

Wien: Protest gegen FSW

Am 29. Juli fand vor der Zentrale des Fond Soziales Wien (FSW) eine Protestkundgebung statt. Anlass für die erneuten Proteste von Bewohner*innen und Beschäftigten waren u.a. das Auslaufen des "Winterpakets" und die Schließung des Flüchtlingsheims "Haus Erdberg". Seit März 2021 gibt es Proteste (bis hin zu Streiks) im Wiener Wohnungslosen- und Flüchtlingsbereich. Einzelne Bewohner*innen und Beschäftigte, die kämpferischen Basisinitiativen "Sommerpaket" und "Sozial, aber nicht blöd", und der Betriebsrat von Samariterbund-WSD sind wichtige Träger*innen dieser Bewegung. Mit dabei auch Mitglieder der SLP, mit Transparent, Flyern und unserer Streikbroschüre, die wichtige Vorschläge zum praktischen Kämpfen liefert.

Unser Zugang: Wir schlagen die Ausweitung der Proteste auf möglichst viele Kolleg*innen im Sozialbereich und Druck auf die Gewerkschaften vor. Neben Aktionen in Betrieben braucht es die Solidarität der betroffenen Nutzer*innen und möglichst vieler solidarischer Menschen. Es geht darum, soviel Druck im Betrieb und in den Gewerkschaften, auf der Straße und in der Öffentlichkeit

aufzubauen, dass Arbeitskämpfe gewonnen und damit z.B. Schließungen verhindert werden können. Die Kundgebung am 29. Juli fand nicht nur vor dem FSW, sondern auch beim Eingang des "Wohnservice-Wien" statt. Irene Mötzl, Betriebsrätin in Wohnservice Wien und langjährige Aktivistin der SLP sprach nicht nur solidarische Grußworte, sondern arbeitet auch aktiv an einem solidarischen Schulterschluss mit den Wohnservice-Kolleg*innen vor Ort. So beteiligte sich eine zweite Wohnservice-Betriebsratskollegin an der Kundgebung, außerdem wurden zeitgleich die Kolleg*innen vom Wohnservice am Arbeitsplatz besucht und über die Anliegen der Kundgebung informiert. Irene Mötzl: "Wir alle brauchen eine kämpferische Bewegung von Beschäftigten, daher war es mir wichtig, dass die Kolleg*innen wissen, worum es geht und die Kundgebung vor ihrer Eingangstür nicht als Belästigung empfinden".

Auch erfreulich viele Passant*innen zeigten sich solidarisch. Für die SLP bleibt der Aufbau einer kämpferischen Bewegung im Sozialbereich ein zentrales Anliegen, weitere Schritte folgen.

Michael Gehmacher,
Betriebsrat beim Samariterbund



Sommer, Sonne, Sozialismus

Im August konnten wir trotz Pandemie unser traditionelles Sommercamp am Turner-

77 Teilnehmer*innen, sieben davon traten entweder noch am Camp der ISA bei oder kündig-

störung & Klimawandel – und vieles mehr. Diese Diskussionen werden uns dabei helfen, kom-

Das SLP-Sommercamp: Ein voller Erfolg!

see in Kärnten/Koroška abhalten. Dank Glück mit dem Wetter, ausgefeiltem Hygiene-Konzept und regelmäßigen Tests in einem sehr entspannten Rahmen. Mit von der Partie waren Aktivist*innen unserer Schwestersektionen der International Socialist Alternative (ISA) aus Israel/Palästina, Belgien, Rumänien, Deutschland und Russland, sowie zahlreiche Interessierte. Insgesamt kamen

ten an, beizutreten. Eine große thematische Bandbreite wurde in rund 40 Workshop-Angeboten, Podiumsdiskussionen und Kampagnentreffen bearbeitet: Von der nationalen Frage in Israel/Palästina über die Black-Panther-Bewegung zum Aufbau von feministischen Initiativen; von Lenins Imperialismustheorie über den Kampf gegen Transphobie zur Programmdiskussion rund um Umweltzer-

menden Bewegungen für nachhaltige Klimapolitik, Feminismus, Ausfinanzierung von Gesundheits- und Sozialbereich oder gegen Abschiebungen und Rassismus Programm und Kampfstrategien vorzuschlagen. Nachdem wir am Camp auch Energie getankt haben – beim Chillen am See, Tischtennis, Yoga, Fußball, Schach oder am Lagerfeuer – sind wir dafür hoch motiviert.

Florian Klabacher

Klimaproteste gegen COP26: Komm mit nach Glasgow!



Im November findet in Glasgow, Schottland, die UN-Klimakonferenz COP26 statt. Während der Planet gleichzeitig in Flammen und unter Wasser steht, treffen sich dort die Eliten aus Politik und Wirtschaft, um die dringend notwendigen Veränderungen ein weiteres Mal zu vertagen oder komplett abzusagen. Die Klimabewegung mobilisiert zu Massenprotesten gegen die Konferenz – und ISA ist Teil davon! Gera-

de jetzt ist es wichtig, Wege aufzuzeigen, wie die Klimabewegung gewinnen kann: durch den Aufbau von gemeinsamen Streikbewegungen und den Kampf für die Systemalternative Sozialismus. Komm mit uns und vielen anderen internationalen Sozialist*innen zu den Massenprotesten und kämpfe mit uns für eine Welt ohne Profitwahn und Klimazerstörung!

linktr.ee/SocialistAlternativeForClimate

Andere über uns



In der 50. Folge des Video-Podcasts der ISA „World to win“ wurde SLP-Aktivist Sebastian Kugler eingeladen, über das Kommunistische Manifest und seine Bedeutung für soziale Bewegungen heute zu diskutieren. „World to win“ bringt jeden Sonntag sozialistische Analysen zu verschiedenen aktuellen und historischen Themen auf Youtube und Streaming-Plattformen. Jetzt abonnieren und keine Folge mehr verpassen!

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Quo vadis, EUtanic?

Die EU wurde vor über 70 Jahren mit mindestens so viel Gloria aus der Taufe gehoben, wie einst die Titanic, aber steuert zunehmend auf den Eisberg kapitalistischer Realität zu. Genau so wie das Schiff, das für diese Metapher erhalten muss, wohnen der EU Konstruktionsfehler und Widersprüche inne. Sie kann weder die Versprechen halten, noch stehen genug Rettungsboote zur Verfügung. Aber vor allem sind die Offiziere auf der Brücke so zerstritten, dass sie das Ruder immer wieder hin und her werfen. Opfer sind wie schon damals vor allem die Holzklassen.

Die EU zeigt uns eines

sogar inner-imperialistische Interessen, wenn man sich das Engagement von z.B. österreichischen Banken in Südost- und Osteuropa ansieht. All das wird vor allem dann schlagend, wenn die wirtschaftlichen Spielräume, also der Gesamtkuchen, kleiner werden. So befindet sich der Staatenbund spätestens seit der Krise 2008 in einer Zerreißprobe und erlebt zunehmend beschleunigende Zentrifugalkräfte.

Die durch die Coronapandemie beschleunigte Krise lässt das Karussell jetzt durchdrehen. Wir sahen, wie das Vorhaben der mächtigen (aber auch wackeligen) deutsch-franzö-

trabenden Namens "Wiederaufbauplan" weit entfernt. Bei den über 15 Millionen Arbeitslosen und über 90 Millionen Armen in der EU wird nicht mehr viel ankommen.

Auch der "Green Deal" droht im Tauziehen unterzugehen. Es werden noch Jahre und einige Hochwasser-Katastrophen vergehen, bis man die gegensätzlichen Interessen in Maßnahmen gegossen hat. Schon jetzt vermag nichts von den aktuellen Ideen den Klimawandel aufzuhalten.

Doch spätestens die Flüchtlingskrise 2015 hat die Illusion von "europäischen Werten" und "gemeinsamer Außenpoli-

Abgesehen vom menschlichen Leid, das diese Politik verursacht, offenbart sie, wie wertlos die EU in Krisen ist.

Die Corona-Krise setzte hier ganz neue Maßstäbe und führte Millionen Menschen vor Augen: Der Kapitalismus kennt keine Solidarität. Wenn es hart auf hart kommt, herrscht das Recht des Stärkeren. Deutschland und Frankreich hatten einen Ausfuhrstopp für Masken, auch an die „europäischen Freunde“, verhängt. Impfstoffe wurden nach dem Prinzip "wer zuerst zahlt, mahlt zuerst" gesichert. Die EU-Kommission verlor dieses Rennen und die scheinbare Planung und Zusammenarbeit landete am Boden des kapitalistischen Chaos. Die EU war in der Corona-Krise als Institution de facto nicht existent.

Daneben untergraben Russland und China den Einfluss der EU in verschiedenen Ländern immer stärker, bauen ihren wirtschaftlichen Einfluss aus und treiben so einen Keil in den Versuch der EU-Anbindung an die USA. Das steigende Selbstbewusstsein heimischer Kapitalist*innen in Osteuropa drückt sich auch im aktuellen Konflikt zwischen der EU, Polen und Ungarn aus. An der Oberfläche geht es um rechtliche und „demokratische“ Fra-

gen, doch in Wahrheit geht es um die Möglichkeiten der Nationalstaaten, eigenständige Wirtschaftspolitik und geostrategische Positionierungen zu setzen. Innenpolitische Probleme von Orbán und PiS-Regierung machen die EU als Sündenbock gelegen und lassen das Rad der Zentrifuge schneller werden.

Doch dieses Schiff wird nicht so schnell sinken. Wahrscheinlicher ist es, dass die „EUtanic“ im Eisberg stecken bleibt. Klar ist, dass die oberen Klassen immer genug Rettungsboote finden werden, während die Holzklassen in den unteren Decks festsitzen. Denn Schulden, Budgetlöcher und humanitäre Krisen (Stichwort: Hochwasser und Klimawandel!) sollen wir ausbaden. Oder aber wir können den wichtigsten Konflikt in der EU für uns entscheiden – jenem zwischen der Arbeiter*innenklasse auf der einen Seite und den Wirtschaftsbossen und ihrer politischen Vertretung auf der anderen. Klar ist, die EU ist eine Vereinigung der Herrschenden. Wir müssen dem eine Vereinigung der Arbeiter*innen, Jugend und Armen aller Länder entgegenstellen. Wir wollen nicht wie Leonardo DiCaprio am Gitter rütteln und dann ertrinken – wir haben eine Welt zu gewinnen.

Jan Millonig

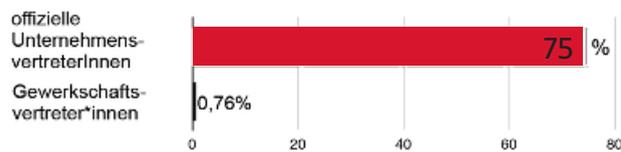
Die EU war immer ein Eismeer, doch nun werden die Eisberge größer, die sie zum Kentern bringen können.

deutlich: „DAS Kapital“ gibt es nicht. Die besitzenden Klassen der Nationalstaaten haben ihre eigenen Interessen, es gibt verschiedene Fraktionen je nach Wirtschaftsstruktur (z.B. exportorientierte Branchen vs. Binnenmarkt). Die Herrschenden setzen bei unterschiedlichen Bedingungen auf andere Strategien. Stärkere Wirtschaften sind nicht bereit, ihre Position gegenüber Schwächeren aufzugeben und haben

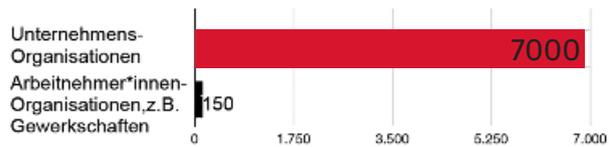
sischen Achse von Macron und Merkel, Wirtschaftshilfen offensiv zu verteilen, am Widerstand von vier relativ kleinen Ländern scheiterte. Die "Sparsamen Vier" (Österreich, Dänemark, Schweden und Niederlande) wollten das Paket kleiner dimensionieren, es auf zurückzahlende Kredite beschränken und die Vergabe an neoliberale "Strukturveränderungen" knüpfen. Der Kompromiss ist vom Anspruch des hoch-

trabenden Namens "Wiederaufbauplan" weit entfernt. Bei den über 15 Millionen Arbeitslosen und über 90 Millionen Armen in der EU wird nicht mehr viel ankommen. Auch der "Green Deal" droht im Tauziehen unterzugehen. Es werden noch Jahre und einige Hochwasser-Katastrophen vergehen, bis man die gegensätzlichen Interessen in Maßnahmen gegossen hat. Schon jetzt vermag nichts von den aktuellen Ideen den Klimawandel aufzuhalten. Doch spätestens die Flüchtlingskrise 2015 hat die Illusion von "europäischen Werten" und "gemeinsamer Außenpoli-

Treffen von Spitzenbeamt*innen der EU bei 22.000 offiziellen Terminen mit:



Lobbying auf EU-Ebene: von 12.000 Organisationen mit 50.000 Mitarbeiter*innen und Jahresbudget von 1,8 Mrd. Euro:



Quelle: awblog.at

© SLP 2021

Grafik: SH

Eckdaten der Europäischen Union

- **1948:** Nach 1945 ist Europa geschwächt und die USA steigt zur westlichen Supermacht auf. Auf die USA und Kanada zusammen entfallen rund 30% des Welthandels, während die ehemalige Supermacht Großbritannien auf rund 10% geschrumpft ist. Deutschlands Anteil liegt bei weniger als 2% und ganz Westeuropa hat nur einen geringfügig größeren Anteil am Welthandel als die USA plus Kanada.
- **1951:** Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch Vertreter*innen aus Frankreich, Westdeutschland, Belgien, Italien, Luxemburg, Niederlanden.
- **1957:** Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch die selben sechs Länder.
- **1973:** Im Jahr des ersten Ölpreis-Schocks wird das Projekt um Dänemark, Irland und Großbritannien erheblich ausgeweitet.
- **Weitere Wirtschaftskrisen** folgen, wie die zweite Ölkrise 1986, die Rezession in den USA zu Beginn der 1980er Jahre, die Schuldenkrise in Lateinamerika und viele andere. Während sich der Welthandel ausweitete, entsteht mit zuerst Japan und später China neue Konkurrenz.
- **1985:** Das erste von mehreren Schengen-Abkommen, die den Personenverkehr in der EU und auch mit Nicht-EU-Staaten regeln sollen und letztlich für eine harte Flüchtlingspolitik eingesetzt werden.
- **1986:** Mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte entsteht der Binnenmarkt, der bis 1993 vollendet ist. Als Grundfreiheiten werden definiert: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital.
- **1992:** Mit dem Vertrag von Maastricht wird die EG zur EU. Zentral ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Im Zentrum stehen die Maastricht-Kriterien, die die Neuverschuldung jedes Staates mit 3% und die Gesamtverschuldung jedes Staates mit 60% des BIP begrenzt und somit als Rahmenwerk für Privatisierungen, Sozialabbau und Kürzungspolitik dient.
- **1994:** Abstimmung über den EU-Beitritt Österreichs - Regierung, Politik und Wirtschaft fahren eine massive Propagandakampagne.
- **1995:** Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei.
- **2002:** Der Euro wird als Bargeld eingeführt.
- **Anfang der 2000er** treten diverse Staaten, v.a. aus Osteuropa und dem Balkan der EU bei und der Zugriff von westlichem Kapital auf diese Märkte sowie billige und gut qualifizierte Arbeitskräfte wird weiter erleichtert.

Europa: Das Problem ist der Kapitalismus!

Im Mai dieses Jahres trafen sich die Spitzen der EU zum EU-Sozialgipfel im portugiesischen Porto. Während Treffen bezüglich der Wirtschaftspolitik in der EU häufig abgehalten werden, fand der letzte Sozialgipfel vor 4 Jahren statt. Da-

Die EU entstand als Antwort des europäischen Kapitals auf die Machtverschiebungen nach 1945 und zur Positionierung im Kalten Krieg. Die USA wurden zur Supermacht, politisch und wirtschaftlich. Die bisherigen Platzhirsche, v.a. Britannien,

treten, ohne Unterstützung, aber auch ohne Behinderungen. Für schwächere Ökonomien sah der Trade-Off nicht ganz so simpel aus, sie mussten aufpassen, nicht außen vor zu bleiben. Gleichzeitig war ihre Integration in die EU auch eine Möglichkeit für die stärkeren Ökonomien, ihren Einfluss auf diese Schwächeren auszubauen. Besonders deutlich wird dieser Effekt in Bezug auf die ehemaligen stalinistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa. Die Restauration des Kapitalismus Anfang der 1990er Jahre und später die EU-Osterweiterung bot eine einzigartige Gelegenheit für das internationale, aber v.a. europäische Kapital, sein angehäuftes Kapital endlich irgendwo profitabel anlegen zu können. Die unter der Oberfläche heraufziehende tiefe Weltwirtschaftskrise konnte so hinausgeschoben werden. Auch 30 Jahre nach der "Wende" ist Armut ein massives Problem in diesen Staaten, die v.a. auch von europäischen (nicht zuletzt österreichischen) Firmen fast wie Kolonien ausgeplündert wurden.

Die EU war stets die Speerspitze aggressiver Sozialabbau- und Kürzungspolitik!

mals, 2017, wollte man wohl angesichts diverser rechtsextrem-EU-kritischer Wahlerfolge ein Zeichen setzen, dass die EU soziale Probleme ernst nimmt. Damals wie auch 2021 kam wenig Konkretes dabei heraus: Man einigte sich auf 20 Prinzipien - ohne sich allerdings darum zu kümmern, dass bzw. wie diese erreicht werden können. Die schönen Worte waren also das Papier nicht wert - und das, obwohl mindestens 20 Millionen Kinder in Europa unter Armut leiden!

Dieses Beispiel zeigt sehr gut, worum es in der EU immer ging und immer gehen wird: Sie ist ein Wirtschaftsbündnis. Alles Gerede von "Sozialunion" oder "demokratischen Werten" ist Propaganda. Mit der tiefen Krise der EU, die die Folge der tiefen Krise des Kapitalismus ist, bleibt letztlich nur die Kernaufgabe über: Die Wirtschaftsunion. Und selbst diese ist gefährdet.

Frankreich, aber auch das durch die Niederlage geschwächte Deutschland, verloren im internationalen Wettbewerb an Boden. Der alte Kontinent sah zunehmend alt aus, die USA, später auch Japan und immer stärker China, überholten die einzelnen europäischen Staaten v.a. in Dynamik und Innovation. Um hier gegenhalten zu können, blieb nur eines: Die europäischen Staaten mussten sich zusammen tun, um gemeinsam am Weltmarkt für ihre jeweiligen nationalen Kapitale das Beste herauszuholen zu können. Nicht zufällig bekam die EU einen Boost mit der ersten Nachkriegskrise Mitte der 1970er Jahre.

Die verschiedenen nationalen Kapitale haben von Beginn an eine letztlich simple Kosten-Nutzen-Rechnung gemacht: Was bringt unterm Strich mehr - als Block gemeinsam aufzutreten, auch um den Preis gewisser Zugeständnisse auf europäischer Ebene oder alleine aufzu-

Heute ist der zentrale geopolitische Konflikt jener zwischen den USA und China. Dieser findet statt vor dem Hintergrund einer tiefen Krise des Kapitalismus, die mit der Weltwirtschaftskrise 2007/8 in eine neue Phase eintrat und sich mit dem durch Corona ausgelösten nächsten Einbruch weiter zuspitzt. In der Krise ist sich jeder selbst der



nächste - das gilt insbesondere fürs Kapital. Konkret bedeutet das, dass jede Regierung noch viel stärker als vorher versucht, für ihr jeweiliges nationales Kapital die besten Voraussetzungen zu schaffen. Also es vor ausländischer Konkurrenz zu schützen (Stichwort Protektionismus) und gleichzeitig Vorteile am Weltmarkt herauszuschlagen.

Es gibt kein Richtiges im Falschen, es gibt keine gute EU!

Die EU musste immer ein Kompromiss sein, die verschiedenen Interessen verschiedener nationaler Kapitale, verschiedener Kapitalfraktionen unter einen Hut zu bringen, braucht lange Verhandlungen und Einigungen auf einen kleinen gemeinsamen Nenner. Das macht langsam und träge.

Der Präsident des Europäischen Rates, der Belgier Charles Michel, sagte bereits 2020, dass die Arbeitsweise der EU "zu langsam" ist. Während China und die USA großzügig riesige Konjunkturpakete zur Stützung ihrer nationalen Ökonomien schnürten, wurde in der EU ewig verhandelt. Auf Druck der "sparsamen Vier" (darunter auch Österreich) wird ein großer Teil des EU Aufbauplanes aus Krediten bestehen. Die Interessen jener Staaten mit hohem Industrieanteil und verhältnismäßig niedriger Arbeitslosigkeit (wie Deutschland) sind

ganz andere als die jener Staaten, die von Tourismus und Dienstleistungssektor abhängig sind und Arbeitslosenraten jenseits der 30% haben. Die neo-liberale Politik geringer staatlicher Intervention in die Wirtschaft konnte früher in der EU funktionieren. Doch die aktuell nötige massive staatliche Intervention passt nicht zu diesem Modell. Es war

sen. Doch auch Italien und Griechenland sind Teil der chinesischen neuen Seidenstraße (Belt&Road Initiative) und der bayrische CSU-Ministerpräsident Söder will den russischen Impfstoff Sputnik einkaufen. Alles Anzeichen für zunehmend nationale Alleingänge, die am "Gemeinsamen Haus Europa" zerren.

Trotz aller Widersprüche hat die EU länger gehalten als gedacht. Sie wird auch morgen nicht einfach zerfallen. Doch sie verändert sich. Vorschläge, von Einstimmigkeitsprinzip und Vetomöglichkeiten abzugehen sollen die starken Ökonomien noch stärker machen. Die EU wird immer offensichtlicher ihre Verkleidung ablegen und immer stärker auf das reduziert werden, was sie ist: Ein Wirtschaftsbandnis, das die Profite sichern soll, auf Kosten der Arbeiter*innenklasse und der Umwelt in- und außerhalb Europas. Sie wird aber auch immer zerbrechlicher, weil die kapitalistische Krise nicht verschwinden wird, sondern sich weiter zuspitzt und von den Nationalstaaten Maßnahmen verlangt. Reformierbar ist die EU nicht - sie muss bekämpft werden. Und zwar nicht mit nationalistischen Scheinlösungen, sondern mit einer internationalistischen Antwort, die der internationalen Vernetzung der Wirtschaft und der internationalen Dimension der Probleme entspricht!

Sonja Grusch



Marx aktuell

Entgegen der Propaganda vom „Friedensprojekt“ wurde in Wirklichkeit die EU aus wirtschaftlichen Motiven gegründet. Schon Lenin verfasste zu dieser Thematik 1915 einen Artikel im „Sozial-Demokrat“: „...Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die 'fortgeschrittenen' und 'zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...“

Im Kapitalismus muss die Wirtschaft stetig wachsen. Dafür braucht es maximale Profite und dafür müssen Arbeiter*innen weltweit ausgebeutet werden. Die engen Staatsgrenzen entsprechen nicht mehr der Notwendigkeit und Entwicklung der Produktivkräfte. Würde die herrschende Klasse in den höchstentwickelten Industriestaaten, wie Deutschland oder Frankreich, wirtschaftlich

Vereinigte Staaten von Europa? Nicht im Kapitalismus!

schwächeren europäischen Ländern, wie Tschechien oder Slowakei einen besseren Lebensstandard zugestehen, gefährdete das die Profite der Unternehmen. Schließlich hat die deutsche Autoindustrie in diesen Ländern viele Produktionsstätten. Bessere Arbeitsbedingungen bedeuten für Unternehmen schließlich höhere Kosten und somit weniger Profit. Was Lenin analysierte, vollzog das deutsche Kapital in der Praxis: Ein Vereinigtes Europa unter reaktionären Bedingungen. NS-Deutschland versuchte in den 1930er Jahren, Europa unter seine Kontrolle zu bringen, um Rohstoffe, Arbeitskräfte etc. erschließen zu können. Das erhöhte wiederum die Profite z.B. der Waffenindustrie. Das bedeutet nicht, dass die EU mit NS-Deutschland gleichzustellen ist. Jedoch profitiert das imperialistische Deutschland von der EU. Ein Beispiel wären die günstigen Erntehelfer*innen und Altenpfleger*innen, ohne die Deutschland seine Wirtschaftsleistung gar nicht erreichen könnte.

Weiters schreibt Lenin:

„...Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine 'gerechte' Verteilung des Einkommens zu predigen ist (...) Stumpfsinn...“

Lenin hatte erkannt, dass die herrschende Klasse auf den Nationalstaat angewiesen ist, um die eigene Arbeiter*innenklasse in Schach zu halten. Außerdem, um sich im internationalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Staat und Kapital verhindern eine gerechte Verteilung des Reichtums und die Profite der herrschenden Klasse werden gesichert. So haben multinationale Unternehmen immer eine nationale Basis, um ihre Interessen mit Hilfe der jeweiligen nationalen Staatsgewalt durchzusetzen. Gerade in Krisensituationen gewinnt diese Tatsache an Bedeutung.

Im Kapitalismus kann es kein dauerhaft funktionierendes Bündnis, schon gar nicht "auf Augenhöhe" von europäischen Staaten geben, da die jeweiligen herrschenden Klassen der einzelnen europäischen Länder ihre Profite verlieren würden, wenn sie dem Kapital anderer Staaten Zugeständnisse geben würden.

Anna Hiermann

Zum Weiterlesen

W. I. Lenin:

Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa.

Lenin Werke, Band 21, Seite 342-346;

Dietz Verlag Berlin, 1972



Wer kämpft in der EU wofür?

Mit der EU sind richtigerweise viele unzufrieden. Der Fortschritt beim Impfen stockt, die Verteilung der Impfstoffe erfolgt ungleich je nach wirtschaftlicher Kraft der einzelnen Mitgliedstaaten. Beim Klimaschutz werden keine (ausreichenden) Maßnahmen getroffen, die Lüge vom "Friedensprojekt" hält längst nicht mehr. Lösungsstrategien werden vor allem entlang von "raus aus der EU" oder "EU demo-

sentlichen die selben: Ob das Druckmittel für Kürzungen Maastricht-Kriterien oder Bonität am Kreditmarkt ist, ändert am Ergebnis nichts.

In der Wahrnehmung vieler - vor allem junger - Menschen stellt die EU einen Fortschritt dar, weil sie dem internationalistischen Gefühl besser entspricht als nationale Einzelgänge. Hier setzten die Sozialdemokratie und Grünen an, die europäische "Wer-

LGBTQ+ Personen oder Frauenrechte angegriffen werden, macht die EU real nicht viel. Und wenn doch Sanktionen verhängt werden, dann in erster Linie, um die dortigen Regierungen wirtschaftlich in der EU zu halten und nicht für die Verteidigung "europäischer Werte". Im Anbetracht dessen, dass die EU Gelder an Erdogan - auch kein Freund dieser Werte - zahlt und mit ihm Flüchtlingsabkommen

hindern und so die EU zusammenzuhalten.

Die herrschende Klasse wird weder in Österreich noch sonst ein Projekt wie die EU demokratisieren: Ein wirkliches gemeinsames internationales Projekt widerspricht der nationalstaatlichen Beschränkung des Kapitalismus und damit den Profitinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten. Und in Krisensituationen ist mehr Demokratie aus Sicht des Kapitals sogar hinderlich - der Kurs geht Richtung hartem Durchgreifen und damit verbundenem Demokratieabbau.

Die einzige Kraft, die für ein demokratisches, soziales, ökologisches und geeintes Europa eintreten kann und will, sind Arbeiter*innen in und außerhalb der EU, die bereits jetzt in Arbeitskämpfen, Streiks oder Bewegungen für Klima, Demokratie und Menschenrechte involviert sind. Allein in den letzten 5 Jahren gab es unzählige Anzeichen für Schritte in diese Richtung. 2017 demonstrierten in Rumänien 300.000 trotz eisigem Wetter im Winter gegen eine Lockerung des Korruptionsgesetzes, im Oktober 2019 streikten in Kroatien Lehrer*innen mehrere Wochen für bessere Löhne, in Slowenien haben 2018 öffentlich Bedienste-

te gestreikt - einer der Slogans war bezeichnenderweise "Slowenien ist in der EU, unsere Gehälter sind es nicht". Bereits vor Corona gab es eine Welle an Protesten im Gesundheits- und Sozialbereich, der bedeutendste davon vermutlich in der Berliner Charité, in Frankreich erfassten die Gelbwesten um die Jahreswende 2018/19 das ganze Land, seit 2019 gibt es europaweite Klima-Proteste und Schulstreiks, und das sind nur wenige der unzähligen Beispiele. Diese noch sehr limitierten Proteste und Demonstrationen zeigen die Gemeinsamkeiten und werfen zunehmend die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Kapitalismus auf. Sie bleiben nicht an Ländergrenzen stehen, sondern zeigen die Basis für eine die nationalen Grenzen sprengende Solidarität.

Im Gegensatz zu Ablenkungen wie EU-Austritten auf kapitalistischer Basis oder Illusionen in eine Demokratisierung der EU sind sie eine echte Alternative. Sie haben das Potential, die EU als kapitalistischen Wirtschaftsblock, mit allen inner-europäischen Machtkämpfen und nationalstaatlichen Pläneleien, zu stürzen und durch ein vereinigtes sozialistisches Europa zu ersetzen.

Stefan Brandl

Nein zu nationalistischen Einzelgängen oder Illusionen in eine Demokratisierung der EU.

kratisieren" formuliert.

Der Austritt wird in Österreich vor allem von rechts propagiert, die FPÖ bringt den Rückzug auf den Nationalstaat in Kombination mit dem Austritt aus der EU ein. Aber auch von linker Seite sprechen zum Beispiel die PdA und Teile der KPÖ von einem Austritt aus der Europäischen Union - wenn auch aus anderen Gründen. Doch ein kapitalistisches Österreich außerhalb der EU (und dem Schengen Abkommen) wäre keinen Deut besser als ein kapitalistisches Österreich innerhalb der EU. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bleiben im kapitalistischen Rahmen im We-

te" und eine angebliche (nie existierende) "Sozialunion" in den Vordergrund rücken, um die EU damit zu verteidigen. Also wird eine Demokratisierung propagiert und von einer "EU der Bürger*innen" geredet. Der Imageschaden der EU soll so gering wie möglich gehalten werden. Die "Konferenz zur Zukunft Europas", von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen im Mai 2021 gestartet, lädt EU-Bürger*innen zur Diskussion ein. Wie viel tatsächlich auf EU-Bürger*innen gehört wird, sehen wir bei den Klima-Bewegungen der letzten Jahre am besten.

Wenn in Mitgliedstaaten wie Polen oder Ungarn

aushandelt, ist klar, um welche Art von (finanziellen) Werten es hier geht. Die polnische PiS oder die Orbán-Regierung in Ungarn setzen sich selbstbewusst über diese "Werte" hinweg, während linke Projekte defensiv und verhalten agieren. Von PiS oder Orbán geht keine Gefahr für das kapitalistische Europa aus, als aber die Gefahr bestand, dass Griechenland unter Syriza auch nur Elemente dieser ausbeuterischen Logik in Frage stellte, ging die EU bzw. die Troika mit voller Härte vor. Auch gegen den Brexit geht die EU mit aller Härte vor, um eine Vorbildwirkung zu ver-

Schüler*innen- komitees gegen Kürzungen

Diese Kürzungen betreffen uns alle! Schüler*innen werden an ihrem Lernerfolg gehindert, Lehrer*innen überarbeiten sich und brennen aus, Eltern müssen ihre Kinder privat in die Nachhilfe schicken. Doch wird einmal Unmut geäußert, so heißt es gegenüber Schüler*innen oft: „Euch fehlt Lebenserfahrung und die pädagogische Ausbildung“ – und wenn Lehrer*innen die gleichen Missstände pädagogisch fundiert kritisieren, bekommen sie von höherer Stelle zu hören: „Wäre ja nett, aber von Finanzen habt ihr keine Ahnung.“ So reden Bürokrat*innen, die seit Jahren keine Schule von innen gesehen haben und sich weigern anzuerkennen, wo die wahren Expert*innen sitzen: In der Schule selbst!

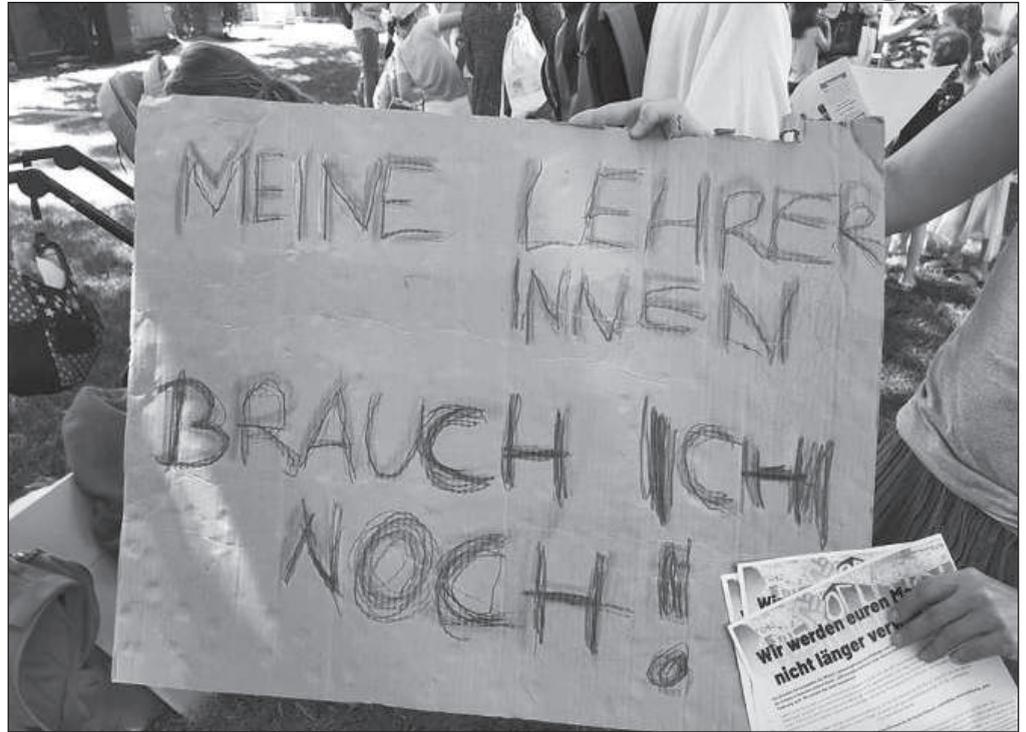
Doch was tun? Zunächst ist es immer sinnvoll, mit Mitschüler*innen und Lehrer*innen zu reden – sei es in der Pause oder direkt im Unterricht: Wie stehen sie zu den Themen, warum betrifft es sie? Was können wir tun, um unsere Unzufriedenheit zu zeigen? Was fordern wir?

Durch solche Diskussionen könnt ihr Gemeinsamkeiten finden und ein Schüler*innenkomitee gründen! Erkundigt euch auch in Nachbar-Schulen: Gibt es dort ähnliche Erfah-

rungen? Dann schließt euch zusammen! Trefft euch, z.B. in Pausen oder außerhalb der Unterrichtszeit, um weitere Schritte zu besprechen. Kündigt eure Treffen über Social Media und Plakate an der Schule an.

Schüler*innenkomitees können auch ein Ansatzpunkt sein, um andere Betroffene (Lehrer*innen, Eltern) mit einzubeziehen. Sie leiden auch unter der Situation, sind aber oft zu eingeschüchtert und vorsichtig, um selbst Initiative zu ergreifen. Aber wenn sie sehen, dass Schüler*innen vortreten, können auch sie Mut schöpfen und sich dem Widerstand anschließen.

Erste widerständische Schritte könnten sein: Klassenübergreifende Treffen in der Unterrichtszeit, Proteste mit Schildern vor der Direktion, Zuständige der Stadt- oder Bezirksebene an die Schule holen, um sie dort zu konfrontieren, kleine Warnstreiks in der Schule (z.B. zu einem ausgemachten Zeitpunkt aufstehen und Forderungen vorlesen), bis hin zu Streik-Kundgebungen und Demonstrationen vor der Schule, der Bildungsdirektion und dem Ministerium mit anderen Schulen gemeinsam. Weitere Ideen findet ihr in unserer Broschüre „Streik! Kurz & bündig“.



Schule = Sardinienbüchse

Spätestens nach dem Schichtbetrieb-Ende im Mai, als von heute auf morgen wieder alle Schüler*innen in

jedoch selbstverständlich dennoch in keinsten Weise die Schäden der Lockdowns wettmachen konnte). Und

Ein „fair verteilter“ Mangel bleibt ein Mangel. Es braucht mehr Lehrpersonal, keine Effizienz am Limit.

den Klassen saßen, drängte sich Lehrer*innen wie Schüler*innen die Frage auf: Wie zum Kuckuck haben wir es früher zu 25igst in einem so kleinen Raum ausgehalten? Im wochenlangen Schichtbetrieb konnten alle Beteiligten die Vorzüge kleinerer Klassen genießen. Der Präsenzunterricht war pädagogisch besser, ruhiger und individueller möglich (was

prompt, als sich alle im Wiener Bildungswesen vom zu viele-Schüler*innen-in-der-Klasse-Schock erholen, teilte die Stadtregierung die Kürzungsmaßnahmen für kommandes Jahr mit. Die Grundidee klang gut gemeint: Lehrer*innen nach Bedarf (Schulgröße, sprachlicher Förderbedarf usw.) verteilen.

Doch anstatt den Bedarf durch neu ausgeschriebe-

ne Stellen zu decken und Junglehrer*innen neu anzustellen, sollen nun bereits im Schuldienst befindliche Lehrer*innen gezwungen werden, über das Normal-Stundenausmaß hinaus (und in der Mittelschule auch fachfremd) zu unterrichten. In manchen Schulen bedeutet das konkret: Schüler*innen wird der Integrationsstatus aberkannt bzw. wird er weniger vergeben, „zu kleine“ (!) Klassen auf 25 „aufgefüllt“, an vielen Schulen müssen sogar Lehrer*innen gehen. Für die allermeisten Schulen bedeutet die Reform also massive Verschlechterungen.

Beide Artikel von

Lena G.,

Mittelschul-Lehrerin

Warum ich der SLP beigetreten bin

Mein Name ist Christian, ich bin 33 Jahre alt und bin jetzt der ISA beigetreten.

Ich bin ein sehr empathischer Mensch, und habe als Kind immer gewollt, dass es meinen Mitmenschen gut geht. Je älter ich wurde, umso mehr Beispiele habe ich erlebt, für die Ungerechtigkeit, die vor allem die schwächsten Mitglieder in unserer Gesellschaft betrifft

und die Tatenlosigkeit der Regierungen und der Mächtigen.

Mit den fehlenden Reaktionen der Regierungen in der Flüchtlingskrise, und dem aktiven Wegsehen bei der Klimakrise, wurde mir bewusst, dass es ein anderes System braucht, um große Probleme anzugehen, und das nicht nur national, sondern global. Durch meine Ar-

beit kam ich nach Israel und bin auf die ISA Sektion in Israel-Palästina gestoßen und habe mich dort an einigen Protesten beteiligt. Durch sie wurde ich auf ISA in Österreich aufmerksam, habe ISA bei einigen Aktionen unterstützt und mich dazu entschlossen, Mitglied zu werden, um gemeinsam auf eine sozialistische Zukunft hinzuarbeiten.

Kämpferinnen des Monats



Kseniia Bezdenezhnykha und fünf weitere Aktivist*innen der sozialistisch-feministischen Alternative (ISA Russland) wurden verhaftet, weil sie in Moskau einen Protest in Solidarität mit den Frauen in Afghanistan organisierten. ISA startete sofort eine international Solidaritätskampagne!



Schweden: Regierung stolpert über Mietproteste

Der Kampf gegen sogenannte „Marktmieten“ in Schweden geht auf den Jänner 2019 zurück. Damals einigten sich liberale Oppositionsparteien mit den Grünen und der Sozialdemokratie auf ein Abkommen, sodass diese beiden Parteien eine aus der Opposition gestützte Regierungskoalition eingehen konnten. Fatalerweise stellte sich damals die

Im Rahmen des Jänner-Abkommens wollte die Regierung bisher existierende Mietpreisdeckel aushebeln. Zwar war die sozialstaatliche Wohnungspolitik der Jahre 1945-80 bereits mehr und mehr zurückgenommen worden. Trotzdem gab es immer noch Schutzmechanismen bei den Mieten, denn sie wurden durch Verhandlungen zwi-

novierungen, wodurch Mietpreise um 40-60% steigen, oder indem sie Immobilien an Risikokapitalgesellschaften verkaufen.

RS hat das Mietenthema als ein Feld identifiziert, in dem sich der generelle Frust über wachsende soziale Ungleichheit kanalisiert. Deswegen startete RS eine Kampagne gegen Marktmieten, unter an-

nen mobilisiert und erste Erfolge eingefahren werden. Dies inspirierte auch andere Landesteile. Ab Jänner 2021 wurden auf Zoom landesweite Großveranstaltungen organisiert.

So wurde auch der erste landesweite Protesttag am 18. April ins Leben gerufen. In über 160 Städten wurden lokale Proteste organisiert. Oft entschied man sich aufgrund der Covid-Restriktionen für mehrere, kleinere Proteste statt einzelner Großdemos. Dennoch griffen Medien die Proteste auf und das Thema wurde zum Gegenstand landesweiter Diskussion. Vielen wurde dadurch auch bewusst, welche Auswirkungen die Einführung von Marktmieten bereits in anderen Ländern hatte: Im benachbarten Finnland stiegen die Mieten in Helsinki etwa um 40 %. Weitere Protesttage folgten von 3. bis 5. Juni.

Die Bewegung setzte die Regierung des Jänner-Abkommens so stark unter Druck, dass die Opposition am 21. Juni ein Misstrauensvotum im Parlament einbrachte. Die Bewegung mobilisierte für das Misstrauensvotum, welches auch erfolgreich war: Zum ersten Mal wurde so eine Re-

gierung in Schweden gestürzt. Eine Rolle dabei spielte auch die Linkspartei, die durch die Bewegung ebenfalls so unter Druck geraten war, dass sie ihre Rolle als Bettvorleger der Regierung ablegte. Der Schwenk auf einen kämpferischen Kurs machte sich sofort bezahlt: Innerhalb weniger Wochen traten 3.000 neue Aktivist*innen der Linkspartei bei. Dem gestürzten Premierminister Löfven gelang es zwar, nach einer Absage an das Jänner-Abkommen bei einem zweiten Votum wieder ins Amt zu kommen – dennoch befindet sich die Regierung auf extrem wackeligen Füßen, während soziale Bewegungen und die Linke gestärkt sind. Dieses Beispiel zeigt, wie RS-Aktivist Per-Åke Westerlund schreibt, „dass Politik nicht davon abhängt, was Parteien zu geben versprechen, sondern davon, was Klassenkämpfe erreichen können“. Der nächste landesweite Protesttag, zu dem auch RS mobilisiert, findet am 18. September statt. Im kalten Norden deutet alles auf einen heißen Herbst hin.

Katja Strasser
Rättvissepartiet
Socialisterna (RS):
socialisterna.org

Eine Bewegung gegen Mieterhöhungen brachte nicht nur die neoliberale Mietreform, sondern kurzzeitig sogar die Regierung zu Fall.

Linkspartei Vänsterpartiet nicht gegen dieses Programm – mit dem Argument, es sei immer noch das kleinere Übel gegenüber einer neuen Rechtsregierung. Tatsächlich beinhaltet dieses Jänner-Abkommen jedoch 73 Punkte voller neoliberaler Politik, die in ihren Angriffen auf Arbeitnehmer*innenrechte und Sozialleistungen sogar noch weiter gehen, als die Regierung des Rechtsbündnisses 2006-14 wagte. Rättvissepartiet Socialisterna (RS), ISA in Schweden, war hingegen vom ersten Tag an gegen das Abkommen und die Regierung aktiv.

schon der Mieter*innen-gewerkschaft und der Vermieter*innen-vereinigung festgelegt. Nun sollten „Marktmieten“ in allen neuen Gebäuden eingeführt werden – das heißt, die Mieten sollten sich nach dem „freien Markt“ richten. Zurecht gab es die Befürchtung, dass dies nur der erste Schritt sei und eine Ausweitung auf alle Gebäude anstehe. Die Mieter*innen-gewerkschaft zeigte auf, dass dies einen Preisanstieg von 30-50 % und noch mehr bedeuten würde. Schon jetzt machen private Unternehmen Profite mit der Miete – etwa durch Pseudo-Re-

derem mit den Forderungen: „Nein zu Marktmieten, Zwangsräumungen und Privatisierungen“ und „Staatliche Investitionsprogramme und Subventionen für den Bau von Sozialwohnungen“. Entgegen der oft vorherrschenden pessimistischen Stimmung in der Linken gegenüber dem Potential solcher Kampagnen vertraute RS auf die Stärke sozialistischer Ideen und der Arbeiter*innenklasse.

Gleich zu Beginn der Kampagne konnten vor allem in Göteborg und Stockholm zahlreiche Mieter*innen zu kämpferischen Demonstrationen

Biden: Back to Normal?

Wer kennt sie nicht? Gebrochene Versprechen von Politiker*innen. Im Falle des neuen US-Präsidenten Biden wiegen sie besonders schwer. Unsere Schwesterorganisation Socialist Alternative schreibt: „In der Öffentlichkeit kandidierte Biden mit Versprechungen wie einem Mindestlohn von 15\$, Ausweitung des 'Affordable Care Act' (Gesundheitsversicherung), Erlass der Studierenden-Schulden und umfassenden Reformen bei Strafjustiz und Migration. Doch die ersten 100 Tage Biden sind vorbei. Und trotz seiner Erfolge bei der Bereitstellung dringend benötigter Soforthilfe wie Konjunkturschecks und befristeten Steuergutschriften für Kinder warten die Menschen immer noch auf umfassendere langfristige Reformen.“

Die historisch niedrige Obergrenze von 15.000 Flüchtlingen unter Trump wurde nur aufgrund öffentlichen Drucks erhöht; und selbst das ist viel weniger als im letzten Obama-Jahr. Wie steht es um Bidens Versprechen der Rücknahme von Trumps Körperschaftssteuer-Senkung (35 auf 21%)? Bislang wurden Steuern für Großunternehmen um keinen Cent erhöht. Kürzlich hat das Weiße Haus angedeutet, dass es zu einem Kompromiss auf 25% bereit wäre. Wir erinnern uns, dass

bei einer Mehrheit der Demokraten in Haus, Senat UND Oval Office angeblich alles gut würde...

Wenn wir Trumps Auftreten beiseite lassen, gibt es tatsächlich auch direkte Fortsetzungen der Trump-Ära unter Biden. Gut sichtbar ist dies in der Außenpolitik: Rückzug aus wenig erfolgreichen bis desaströsen Einsätzen und Verlagerung bzw. Verschärfung des Konflikts mit dem aufstrebenden chinesischen Imperialismus.

Es ist verständlich, sich nach besonders fürchterlichen Jahren eine Verschnaufpause zu wünschen. Doch mit dem etablierten Parteiensystem gibt es so oder so keine „guten alten Zeiten“. Biden ist lediglich das „back to normal“ aus Sicht der besitzenden Klasse und ihrer Polit-Elite. Er steht für jene kapitalistische Normalität, die unter anderem Trump hervorbrachte. Dennoch spürt diese Präsidentschaft den Druck der Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, ausgelöst durch die Milliarden für Unternehmen, Bidens Versprechen und ein neues Selbstbewusstsein als Systemerhalter*innen. Diese bitter nötigen Veränderungen wird es nur durch Soziale- und Klassenkämpfe von unten geben.

Franz Neuhold



Afghanistan: Verraten und verkauft

Die westlichen Besatzungskräfte verlassen Afghanistan und hinterlassen einen Scherbenhaufen. Das Pro-

Jugendlichen und Frauen in Afghanistan aufbauen. Es gäbe genug Platz und Infrastruktur, um sofort Men-

ten Jahr verdreifacht) – denn sie tragen die Verantwortung für die katastrophale Lage. Nur eine Massenbewegung von unten im Land und in der Region durch die Arbeiter*innenklasse und die Unterdrückten kann die Herrschaft der Taliban wirklich und nachhaltig bekämpfen. Obwohl die Situation aktuell trist wirkt: der schnelle Sieg der Taliban war vor allem ein Resultat der mangelnden Unterstützung für die korrupte Regierung. Aber Umfragen, genauso wie die Szenen aus Kabul zeigen, dass eine deutliche Mehrheit die Taliban ablehnt. Das neue Regime wird ein instabiles sein.

Auszüge aus einem Flugblatt der SLP

20 Jahre US-geführter Krieg und Besatzung enden in der Machtergreifung der Taliban.

jekt von Bush & Co, den Einfluss der USA im Nahen und Mittleren Osten wiederherzustellen, ist krachend gescheitert. Afghanistan war Spielball der Großmächte. Die Leidtragenden sind – wie immer – die Arbeitenden und Armen. Die Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften müssen internationale Solidarität mit den Arbeiter*innen,

schen aus Afghanistan in Österreich aufzunehmen. Und zwar nicht auf Kosten jener die schon hier leben, sondern durch die Nutzung leerstehender Gebäude und der Vermögen der Superreichen! Die Kriegsprofiteure in imperialistischen Ländern sollen dafür zahlen (der österreichische Waffenhersteller Glock hat seine Gewinne trotz Corona im letz-

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Deutschland: Kandidatur

Bei den parallel zu den deutschen Bundestagswahlen stattfindenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus tritt SAV (ISA Deutschland)-Aktivistin Lucy Redler als Direktkandidatin an. Lucy ist als konsequente Sozialistin stadtbekannt und war lange Zeit Mitglied des Bundesvorstands der Linkspartei. Ihren Wahlkampf nutzt sie vor allem, um soziale Kämpfe zu unterstützen: So un-

terstützte sie aktiv den Streik des Gesundheitspersonals der Kliniken Vivantes und Charité. Auch für die erfolgreiche Mieter*inneninitiative „Deutsche Wohnen enteignen“ ist Lucys Wahlkampf eine Plattform. Sollte Lucy ins Abgeordnetenhaus einziehen, wäre das ein Erfolg der sozialen Bewegungen und ein starkes Zeichen für einen sozialistischen Kurs in der Linkspartei.

sozialismus.info

UK: Sieg

Bei den Wahlen für den Vorsitz von Unite, der zweitgrößten Einzelgewerkschaft, gewann die kämpferische linke Kandidatin Sharon Graham gegen den Bürokraten Gerard Croyne. Socialist Alternative (ISA England, Wales, Schottland) hatte für Graham kampagnisiert. Nun gibt es die Chance, die Gewerkschaft zu einem echten Kampfinstrument gegen die Tories und die rechte Labour-Führung zu machen.

socialistalternative.net

Myanmar: Solidarität!

Auch wenn Myanmar aus den Schlagzeilen verschwunden ist, geht der heroische Kampf gegen die brutale Militärdiktatur weiter. Eine wichtige Rolle dabei spielen Gewerkschaften wie die Industrial Workers' Federation of Myanmar (IWF), die vor allem Textilarbeiter*innen organisiert. IWF kämpft nicht nur gegen die Militärdiktatur, sondern auch gegen die internationalen Kleidungskonzerne, die immer dort immer noch

Geschäfte machen und dabei und dabei Corona-Schutzmaßnahmen ignorieren. ISA unterstützt IWF mit einer Solidaritätskampagne und einem internationalen Aktionstag am 4. September. Rund um den Globus gab es zahlreiche Aktionen vor Konzernen wie Zara, Bestseller, H&M, Primark und Adidas, die die Situation in Myanmar brutal ausnutzen, um ihre Profite zu erhöhen.

internationalsocialist.net



Postmoderne am Ende: Rückkehr des Wir?

“So etwas wie eine ‘Gesellschaft’ gibt es nicht” – diese Aussage von Margaret Thatcher aus 1987 fasst nicht nur die ideologische Offensive der Herrschenden, die mit der Ära des Neoliberalismus einherging, zusammen. Sie zeigt auch, wie nah sich Neoliberalismus und die “Postmoderne” stehen.

Die Enttäuschung über die Niederlage der Massenbewegung 1968 in Frankreich, nachdem die Kommunistische Partei und die Gewerkschaftsführungen nach Generalstreiks und Straßenkämpfen, statt die Machtfrage zu stellen, mit der Regierung verhandelten, war groß. Einige lin-

Stalinismus und dem Gefühl vom “Ende der Geschichte”, bewusst von der herrschenden Klasse geschürt, wurden sie populär.

Wenn “große” gesellschaftliche Veränderung nicht mehr möglich scheint, ist es naheliegend, dass der Fokus aufs Individuum rückt. Basierend

Kräften, zum Beispiel in der Klimabewegung, als Waffe gegen Marxist*innen eingesetzt und ist dabei selbst Ideologie. Die Ablehnung von “geschlossenen” Ideologien wie dem Marxismus war und ist sehr nützlich für die Regierenden und Herrschenden. Aber: Solche Ideen fanden vor allem in einer Zeit großen Anklang, als es ein niedriges Level an Klassenkämpfen und einen Niedergang der Arbeiter*innenbewegung gab.

banon, Chile, Belarus, wurden ganz maßgeblich von der Arbeiter*innenklasse getragen. Sozialist*innen haben mit dem Marxismus das notwendige Instrument, um sie zu realen Erfolgen zu führen, die Arbeiter*innenklasse zu vereinen statt sie zu zersplittern und eine Alternative zum Kapitalismus aufzuzeigen. Anders als postmoderne Ideen kann der Marxismus erklären, wie zum Beispiel die Entwicklung von Rassismus mit den knallharten, materiellen Interessen, die hinter dem Kolonialismus steckten, zusammenfiel, wie die systematische Unterdrückung von Frauen mit den ersten Klassengesellschaften entstand und heute noch lebensnotwendig für den Kapitalismus ist und so weiter. Wer diese materiellen Realitäten, die Basis jeder Gesellschaft, von Kultur, Ideen, Sprache usw., dem sogenannten Überbau, trennt, verliert sich darin, verzweifelt diesen Überbau verändern zu wollen ohne das Übel an der Wurzel packen zu können. Wir sagen: Sprache schafft nicht Realität, Diskurs schafft nicht die Wirklichkeit: Es ist das “gesellschaftliche Sein”, das “das Bewusstsein bestimmt” und dieses Sein, das kapitalistische System, können und müssen wir überwinden.

Sarah Moayeri

Postmoderne Ideen verschwinden nicht automatisch, aber verlieren mit mehr Klassenkämpfen an Einfluss.

Jahrzehnte von Privatisierungen, Kürzungen und anderen Angriffen auf die Arbeiter*innenklasse haben sich auf das Bewusstsein ausgewirkt. Die “Postmoderne” bezeichnet verschiedene Ideen/Konzepte, die sich Mitte/Ende des 20. Jahrhunderts entwickelt haben und die über Jahrzehnte die akademische Welt dominiert und darüber hinaus an Popularität gewonnen haben. Wir kennen alle Aussagen wie “Der Marxismus ist überholt”, “Es gibt keine Arbeiter*innenklasse mehr”, “es ist alles komplexer geworden” oder “man kann nicht alles verallgemeinern”.

Die große Gemeinsamkeit verschiedener postmoderner Ideen ist die grundsätzliche Ablehnung einer allgemeinen “Wahrheit”, von “großen Erzählungen”.

ke Intellektuelle suchten die Antwort nun nicht mehr im Marxismus und im kollektiven Kampf, sondern im “Diskurs” und im Fokus auf das Individuum. Ihre Überzeugung bestand darin, dass wir alles “differenziert voneinander” betrachten müssten, dass gesellschaftliche Phänomene und Entwicklungen das Ergebnis von Ideen, Diskursen und Sprache seien. Der Marxismus wurde zunehmend im selben Atemzug mit anderen Ideologien als “reduktionistisch” oder “eurozentristisch” abgelehnt. Veränderung wurde maximal im individuellen Leben oder in der Sprache angestrebt. Solche Ideen fanden im Kontext von weltweiten Niederlagen der Arbeiter*innenbewegungen und der Schwäche der marxistischen Linken ein gewisses Echo. Spätestens mit dem Zusammenbruch des

auf Foucaults Analysen von “Macht” lautete die Devise: Macht ist überall, jede*r von uns übt sie aus. Kein Wunder also, dass, auch wenn viele “postmoderne” Denker*innen das von sich weisen würden, viele Ideen, die wir heute als “Identitätspolitik” bezeichnen, ihren Ursprung in der Postmoderne haben. Tatsächlich bleiben postmoderne Ideen dabei stehen, Unterdrückung zu beschreiben, ohne Vorschläge zu bieten, wie sie erfolgreich bekämpft werden kann.

Wir sehen heute immer noch den Einfluss der Postmoderne, nicht nur wenn von “check your privilege” die Rede ist. Eine grundlegende Skepsis gegenüber kollektiver Organisation ist immer noch präsent. Oft wird die Ablehnung von “Ideologien” von bürgerlichen und re-formistischen

Vorherrschende Ideen drücken immer die jeweilige reale, die sogenannte materielle, wirtschaftliche und politische Situation aus. Die historisch tiefe Krise des Kapitalismus, in der wir stecken und die weltweite politische Polarisierung mit immer größeren und explosiveren Kämpfen und Bewegungen lässt keinen Spielraum mehr für solche ideologischen Spielereien. Immer mehr Menschen lehnen das herrschende System ab, Jugendliche sind auf der Suche nach linken Alternativen und Möglichkeiten, sich gegen Rassismus, Sexismus, Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren. Die Klassenwidersprüche werden deutlicher, die brutale Realität des Kapitalismus spürbarer. Die Massenbewegungen der letzten Jahre, Myanmar, Li-

9/11 und der Krieg gegen den Terror

Am 11. September 2001 kaperten 19 Mitglieder des islamistischen Netzwerkes al-Qaeda 4 Flugzeuge von Uni-

Es geschah vor

20

Jahren...

ted bzw. American Airlines und flogen ins US-Verteidigungsministerium bzw. ins World Trade Center in New York, etwa 3.000 Menschen kamen ums Leben.

Vor 1989 waren Islamismus und die USA sich einig bis zur aktiven Zusammenarbeit: Der Feind ist „der gottlose Kommunismus“

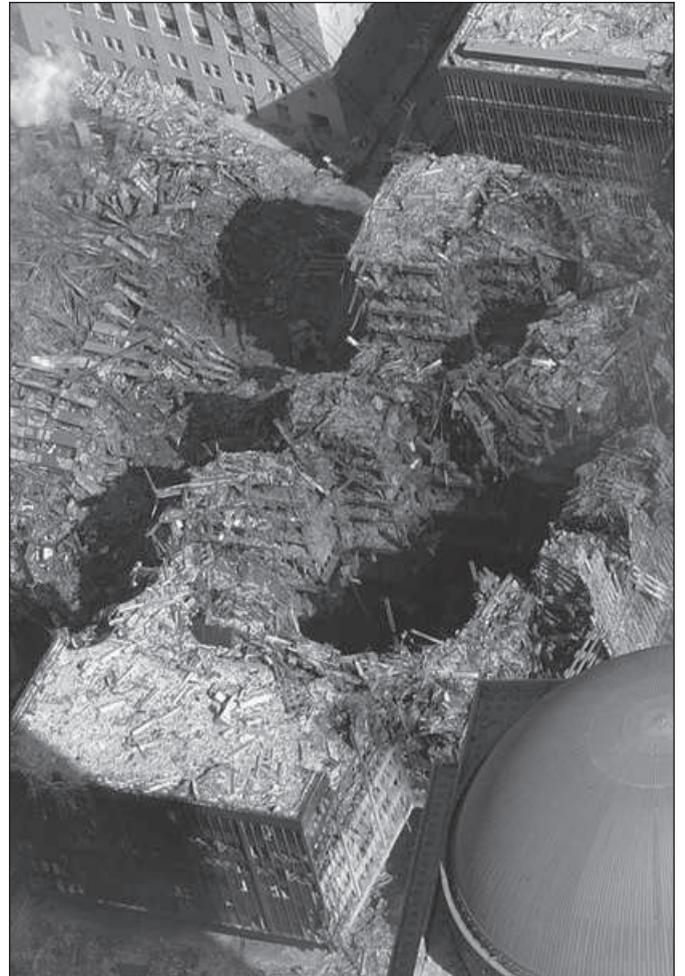
(gemeint waren die stalinistischen Staaten). Doch dieser brach 1989-92 zusammen, der Kapitalismus wurde auch in diesen Staaten wiedereingeführt, der „Kalte Krieg“ war gewonnen, die USA die unbestrittene Weltmacht.

Mit dem 11. September wurde dieses Selbstverständnis erschüttert. Der erste quasi-kriegerische Akt auf dem Staatsgebiet der letzten verbliebenen Weltmacht seit den „Indienkriegen“ wurde von den Herrschenden mit dem Abbau demokratischer Rechte, Ausweitung von Überwachung, antimuslimischem Rassismus beantwortet. Die US-Regierung unter G.

W. Bush führte einen „War on Terror“ im Irak und in Afghanistan, der bis zu 600.000 Zivilist*innen das Leben kosten sollte und den Fundamentalismus weiter befeuerte.

Der 11. September markiert den Beginn einer neuen Krisenzeit. Die „Flüchtlingskrise“ ist Folge des „War on Terror“. Finanz- und Klimakrise haben endgültig gezeigt, dass eine Welt, die auf Konkurrenz errichtet ist, zum Untergang verurteilt ist. Die Instrumente der Terrorbekämpfung werden daher intensiv gegen die „eigene“ Arbeiter*innenklasse und Jugend genutzt.

Oliver Giel



Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand
- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

